

Kleine Anfrage

Betriebseinstellung des «Volksblatts»

Frage von Landtagsabgeordneter Thomas Rehak

Antwort von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni

Frage vom 04. Oktober 2023

Das «Volksblatt» musste am 4. März 2023 aufgrund einer aussichtslosen finanziellen Zukunft nach knapp 145 Jahren seine Tätigkeit einstellen. Im Jahr 2021 erhielt das «Volksblatt» CHF 570'000 und das «Vaterland» CHF 964'000 staatliche Mittel aus dem Medienförderungstopf. Dieser Staatsbeitrag konnte offensichtlich das Überleben der ältesten Tageszeitung nicht sichern. Durch die Schliessung des «Volksblatts» ist Liechtenstein um ein wichtiges Informationsorgan mit einem historisch wertvollen Archiv ärmer geworden. Selbstverständlich sollen nichtwirtschaftlich operierende Medien keinen Anspruch auf ein Weiterbestehen haben. Gerade deshalb darf auch die Rettung des Radio L nicht ohne Weiteres in Abhängigkeit zum Verlust des «Volksblatts» gestellt werden. Nach meiner Auffassung sind alle Medien gleich zu behandeln, eine Bevorzugung von Staatsmedien lehne ich ab. Hierzu meine Fragen:

- * Sind die Geschäftsleitung und/oder der Verwaltungsrat des «Volksblatts» in den zwei Jahren vor dessen Einstellung jemals bei der Medienministerin vorstellig geworden und haben um eine Erhöhung der Medienförderung gebeten? Wenn ja, wie oft und was war das Ergebnis?
- * Gab es Interventionen von bestehenden Medienunternehmen, um die Medienförderung zu erhöhen? Wenn ja, in welcher Form und was war das Ergebnis?
- * Ab welchem Zeitpunkt wusste die Medienministerin, dass das «Volksblatt» akute finanzielle Probleme hat?
- * Wie viel Geld hätte das «Volksblatt» benötigt, sodass es heute noch existieren könnte?

Antwort vom 06. Oktober 2023

Zu Frage 1 und 2:

Im November 2021 fand ein Treffen mit den Verantwortlichen des Volksblattes statt, an welchem die zukünftige Ausgestaltung der Medienförderung thematisiert wurde. Am 21. Dezember 2021 ist beim Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt ein gemeinsames Schreiben vom Vaduzer Medienhaus und dem Volksblatt eingelangt, in welchem die beiden Medienhäuser vorschlagen, im Rahmen der geplanten Überarbeitung des Medienförderungsgesetzes die indirekte Medienförderung um 25% zu erhöhen. Begründet wurde dies mit erhöhten Kosten in der Frühzustellung. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung in der vorgeschlagene Revision des Medienförderungsgesetzes berücksichtigt.

Zu Frage 3:

Dass sich das Volksblatt seit Jahren in finanziellen Schwierigkeiten befand, war allgemein bekannt. Bis kurz vor Einstellung des Volksblattes wurde jedoch davon ausgegangen, dass der Fortbestand nicht akut gefährdet ist.

Zu Frage 4:

Hierzu liegen der Regierung keine Zahlen vor.